

DIE ZUKUNFT DER ARBEIT DENKEN

Fehlzeiten von Arbeitnehmern in Deutschland – Welche Rolle spielt die Arbeitslosigkeit?

Die Diskussion über die Höhe der Fehlzeiten ist so alt wie die Einkommenssicherung der Arbeitnehmer im Krankheitsfalle selbst. Spätestens seit den Neuregelungen der gesetzlichen Bestimmungen zur Entgeltfortzahlung in den Jahren 1996 und 1999 nehmen der Krankenstand und seine Bestimmungsgründe einen prominenten Platz in der öffentlichen Diskussion ein. Insbesondere die Beobachtung, daß der Krankenstand in Rezessionszeiten stark zurückgeht, wird häufig als ein Indiz für eine mißbräuchliche Ausnutzung der Entgeltfortzahlung gesehen. Im übrigen wird die Diskussion über die Höhe der Entgeltfortzahlung bei Krankheit nicht zuletzt deshalb so heftig geführt, weil die Einkommenssicherung der Arbeitnehmer im Krankheitsfalle einen Bestandteil der Lohnnebenkosten darstellt, die in der öffentlichen Diskussion häufig als eine entscheidende Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit betrachtet werden. Eine neue IZA-Studie geht dem Wechselverhältnis von Arbeitslosigkeit und Fehlzeiten näher auf den Grund (ausführlich: Thalmaier, Anja, Bestimmungsgründe von Fehlzeiten: Welche Rolle spielt die Arbeits-Iosigkeit?, IZA Discussion Paper No. 62).

Entwicklung des Krankenstandes

In den letzten knapp vierzig Jahren folgte die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Krankenstandes starken zyklischen Schwankungen. Ein erster starker Anstieg war Ende der siebziger Jahre zu verzeichnen, wobei sicherlich der Einführung des Lohnfortzahlungsgesetzes im Jahr 1969 eine wesentliche Rolle zukommt. Dieses Gesetz beinhaltete eine umfassende Regelung der Entgeltfortzahlung für Arbeiter, analog zu derjenigen der Angestellten. Seitdem erhielten alle Arbeitnehmer im Falle ihrer Arbeitsunfähigkeit eine Entgeltfortzahlung für die ersten sechs Wochen in Höhe des ihnen bei regelmäßiger Arbeitszeit zustehenden Arbeitsentgelts. Allerdings bestanden weiterhin Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten, beispielsweise in bezug auf die Attestpflicht. Seit Ende der siebziger Jahre weist die Entwicklung der Fehlzeiten - bei weiterhin zyklischem Verlauf - einen starken Abwärtstrend auf. Nach einem Höchststand von 6,0 Prozent im Jahr 1979 sank die gesamtwirtschaftliche Krankenstandsquote auf nur 4,1 Prozent im Jahr 1998. Ein zwischenzeitlicher Höchststand wurde 1990 mit 5,5 Prozent erreicht, ein weiterer Ausschlag nach oben konnte für das Jahr 1995 beobachtet werden.

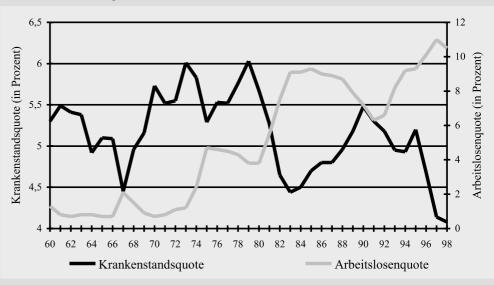
Krankenstandsquote und Arbeitslosenquote in Deutschland (West) 1978-1998

Eine mögliche Ursache für letztere Entwicklung stellt die Vereinheitlichung der gesetzlichen Bestimmungen im Jahr 1994 dar, die eine Einschränkung der Attestpflicht für die Arbeiter beinhaltete und nunmehr analog zu den Angestellten erst ab dem dritten Arbeitstag wirksam wurde. Im Jahr 1996 kam es erstmals in der historischen Entwicklung der Entgeltfortzahlung in Deutschland zu einer Rückführung der Leistungen im Krankheitsfall: Sie wurden per Gesetz von 100 auf 80 Prozent verringert. Betroffen waren davon freilich nur die gesetzlichen Ansprüche auf Entgeltfortzahlung, nicht

aber Regelungen zur Entgeltfortzahlung in Tarifverträgen.

Die zyklischen Schwankungen der Krankenstandsquote verlaufen weitgehend invers zur zeitlichen Entwicklung der Arbeitslosenquote. Beispielsweise fällt der Tiefstand der Krankenstandsquote bei 4,5 Prozent im Jahr 1967 mit der ersten Rezession in der Bundesrepublik Deutschland zusammen, die zugleich die Arbeitslosigkeit auf einen damaligen Höchststand von 2,1 Prozent anstiegen ließ. Die erste und zweite Ölkrise führten ebenso zu sehr niedrigen Krankenstandsquoten von 5,2 Prozent im Jahr 1975 und 4,4 Prozent im Jahr 1983. Die Arbeitslosenquote erreichte gleichzeitig einen damaligen Höchststand von 4,7 Prozent bzw. 9,1 Prozent. Die Rezession im Jahr 1993 führte ebenfalls zu einer Reduzierung des Krankenstandes. Nach einem kurzfristigen Anstieg im Jahr 1995 sank dieser weiter ab auf ein historisches Tief im Jahr 1998 mit einer Krankenstandsquote von nurmehr 4,1 Prozent, während sich die Arbeitslosenquote weiterhin auf einem Rekordniveau von über 10 Prozent bewegt.

Krankenstandsquote und Arbeitslosenquote in Deutschland (West) 1960-1998



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB); Statistisches Bundesamt. Der Krankenstand gibt den Anteil der arbeitsunfähig erkrankten Arbeitnehmer an allen Arbeitnehmern an.

Gesetzliche versus tarifvertragliche Regelung der Entgeltfortzahlung

Genaue Angaben darüber, welcher Anteil der Arbeitnehmer direkt von der Gesetzesänderung von 1996 betroffen war, gibt es nicht. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß lediglich ein Anteil von ca. 20 Prozent dem Gesetz zufolge einen verringerten Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hatte. In bezug auf die tarifvertraglichen Regelungen hat es sich als problematisch erwiesen, daß oft nicht ohne die Rechtsprechung festgestellt werden konnte, ob die Tarifverträge eigenständige Regelungen zur Entgeltfortzahlung enthielten oder lediglich auf die gesetzlichen Bestimmungen rekurrierten. So hatte dieser Eingriff der gesetzlichen Neuregelung in einen stark durch Tarifverträge geregelten Bereich zahlreiche Rechtsstreitigkeiten vor den Arbeitsgerichten zur Folge. Als Reaktion auf die Gesetzesänderung wurde zudem im Laufe der Tarifverhandlungen der Jahre 1996 und 1997 auf massiven Druck der Gewerkschaften für über 15 Millionen Arbeitnehmer eine Entgeltfortzahlung in Höhe von 100 Prozent entweder tarifvertraglich fortgeschrieben oder aber neu ausgehandelt. Dementsprechend sind die Auswirkungen der gesetzlichen Neuregelung zur eingeschränkten Lohnfortzahlung eher gering zu veranschlagen. Die 1999 in Kraft getretene erneute Anhebung der Entgeltfortzahlung dürfte somit auch keinen nennenswerten Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Krankenstandes nach sich ziehen.

Allerdings verdeutlichen die Neuregelungen der Jahre 1996 und 1999 auch die Möglichkeiten, die dem Gesetzgeber offenstehen, um sowohl eine Kostenentlastung für die Unternehmen zu bieten als auch die Anreizkompatibilität der gesetzlichen Regelungen unabhängig von einer Absenkung der Entgeltfortzahlung zu verbessern: Zum einen wurde durch die Gesetzesänderung von 1999 die Möglichkeit geschaffen, die Bemessungsgrundlage für das fortzuzahlende Arbeitsentgelt durch tarifvertragliche Regelungen zu ändern, so daß beispielsweise regelmäßig geleistete Überstunden nicht mehr zur Berechnung der Höhe der Entgeltfortzahlung herangezogen werden müssen. Zum anderen besteht seit der Gesetzesänderung von 1996 die Möglichkeit, durch eine an der Anzahl der Krankheitstage orientierte Ausgestaltung von Sonderzahlungen Anreize zu schaffen, die eine Absenkung des Krankenstandes begünstigen. Mit diesen Regelungen wird ein Beitrag zur Kostenentlastung der Unternehmen geleistet, ohne die sozialpolitisch gewünschte und wohl auch notwendige finanzielle Absicherung des Arbeitnehmers bei Krankheit in Frage zu stellen.

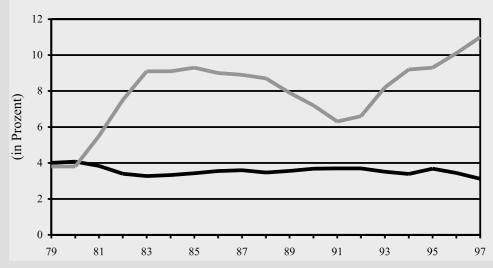
Kosten der Entgeltfortzahlung

Durch die Entgeltfortzahlung bei Krankheit entstehen den Unternehmen Kosten in erheblichem Umfang. 1997 betrugen die entsprechenden Aufwendungen der Arbeitgeber allein in Westdeutschland 40,53 Mrd. DM. Gleichwohl zeigt eine Gegenüberstellung der Ausgaben für die Entgeltfortzahlung als Anteil an der Bruttolohn- und -gehaltssumme und der Arbeitslosigkeit, daß der Lohnanteil der Entgeltfortzahlung nahezu konstant geblieben ist, während die Arbeitslosigkeit immer weiter angestiegen ist.

Somit scheinen zumindest Zweifel an einem ursächlichen Zusammenhang zwi-

schen der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und der Höhe der Arbeitslosigkeit angebracht. Diese Einschätzung wird durch eine Untersuchung der Ausgaben der Arbeitgeber für die Entgeltfortzahlung als Bestandteil der Arbeitskosten untermauert. Die Kosten der Entgeltfortzahlung stellten im Jahr 1996 nur einen Anteil von 2,28 Prozent an den gesamten Arbeitskosten der Unternehmen dar. Der Anteil der Entgeltfortzahlung an den gesamten Personalnebenkosten betrug 1996 lediglich 5,11 Prozent. Dagegen stellen sowohl die Urlaubsvergütung als auch Sonderzahlungen wie etwa das Weihnachtsgeld mit 17,56 bzw. 17,03 Prozent einen jeweils deutlich größeren Anteil an den Personalnebenkosten dar.

Entgeltfortzahlung und Arbeitslosigkeit in Deutschland (West) 1979-1997



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; Statistisches Bundesamt

Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe in Deutschland 1996

	Betrag	Anteile (in %) an	
	(in DM)	Arbeits- kosten	Personal- nebenkosten
Durchschnittliche Arbeitskosten (pro Jahr)	81.742,00	-	-
Arbeitskosten je geleistete Stunde darunter:	50,86	-	-
Entgelt für geleistete Arbeit 1	45.298,00	55,42	-
Personalnebenkosten insgesamt darunter:	36.444,00	44,58	-
Gesetzliche Personalnebenkosten	17.078,00	20,89	46,86
Vergütung von arbeitsfreien Tagen darunter:	10.920,00	13,36	29,96
Urlaubsvergütung	6.401,00	7,83	17,56
Gesetzliche Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	1.864,00	2,28	5,11
Zusätzliche Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	82,00	0,10	0,23
Arbeitgeberpflichtbeiträge			
zur Sozialversicherung	12.723,00	15,56	34,91
Sonderzahlungen (z.B. Weihnachtsgeld)	6.205,00	7,59	17,03

¹ Jahreslohn- und -gehaltssumme vermindert um die Sonderzahlungen, die Vergütung arbeitsfreier Tage sowie soziale Bestandteile wie z.B. Verheirateten- und Kinderzuschläge.

Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Eine Absenkung der Entgeltfortzahlung von 100 auf 80 Prozent würde – selbst bei Annahme einer vollständigen Übernahme auch in die Tarifverträge – eine Senkung der direkten effektiven Arbeitskosten um nur 0,45 Prozent bedeuten. Mit anderen Worten: Von einer Rückführung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall kann grundsätzlich keine spürbare Entlastung bei den Lohnnebenkosten erwartet werden; die politische wie öffentliche Debatte hierüber stößt ins Leere.

Theoretische Überlegungen

Fehlzeiten können im Rahmen eines effizienzlohntheoretischen Ansatzes analysiert, also als ein Bestandteil der Arbeitsproduktivität eines Arbeitnehmers und somit als eine extreme Form der Bummelei oder des "Sich-Drückens" betrachtet werden. Ausgangspunkt für derartige Überlegungen ist der Umstand, daß nur der Arbeitnehmer selbst seinen Gesundheitszustand kennt, so daß zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer eine asymmetrische Informationsverteilung besteht. Dies führt zu dem Phänomen des "Moral Hazard", wobei der Arbeitnehmer ver-sucht sein kann, seinen Gesundheitszustand falsch wiederzugeben. Das unterstreicht die zentrale Bedeutung von Anreizsystemen, um ein Bummeln seitens des Arbeitnehmers zu verhindern. Eine solche Möglichkeit ist nicht zuletzt mit der Existenz von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit gegeben. Herrschende Arbeitslosigkeit dient, so die Theorie, als Disziplinierungsinstrument, um eine als ausreichend erachtete Anwesenheit des Arbeitnehmers an seinem Arbeitsplatz sicherzustellen: Umgekehrt wird ein Arbeitnehmer, der wegen zu hohen Fehlzeiten entlassen wird, nicht sofort wieder eine Anstellung finden, so daß sich häufige Fehlzeiten für den Beschäftigten nur sehr bedingt lohnen. Wird der Umfang der Fehlzeiten als ein Maß für die Arbeitsanstrengung eines Arbeitnehmers betrachtet, kann der Zusammenhang zwischen Fehlzeiten und Arbeitslosigkeit verwendet werden, um die Wirksamkeit von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit als Disziplinierungsinstrument zu untersuchen.

Empirische Analyse

Die Analyse der durchschnittlichen Anzahl von Arbeitstagen, an denen ein

Arbeitnehmer nicht zur Arbeit erscheint, läßt - auf Basis des deutschen Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) - für den Zeitraum von 1985 bis 1996 große Unterschiede für einzelne Berufsgruppen erkennen. So weisen Arbeiter – vor allem aufgrund gesundheitlich belastenderer Arbeitsbedingungen – die höchsten Fehlzeiten auf. Sie erscheinen durchschnittlich an 16,27 Arbeitstagen nicht an ihrem Arbeitsplatz, gefolgt von den Beamten mit durchschnittlich 10,60 Fehltagen. Angestellte weisen mit 9,61 Tagen die durchschnittlich niedrigsten Fehlzeiten für den betrachteten Zeitraum auf. Die durchschnittlichen gesamtwirtschaftli-chen Fehlzeiten belaufen sich auf 12,95 Arbeitstage. Da der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen aufgrund des Strukturwandels kontinuierlich zurückgeht, läßt sich aus den überdurchschnittlich hohen Fehlzeiten dieser Gruppe wiederum auf eine Fortsetzung des fallenden Trends bei den gesamtwirtschaftlichen Fehlzeiten schließen. Weiterhin ist auffallend, daß Frauen wesentlich höhere Fehlzeiten aufweisen: Weibliche Arbeiter sind im Durchschnitt an 18,69 Arbeitstagen pro Jahr nicht an ihrem Arbeitsplatz anwesend, während weibliche Beamte 12,25 und weibliche Angestellte durchschnittlich 11,85 Arbeitstage jährlich an ihrem Arbeitsplatz fehlen.

Für Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe sind hohe durchschnittliche Fehlzeiten festzustellen, während Arbeitnehmer, die im Dienstleistungsgewerbe tätig sind, einen weitaus niedrigeren Krankenstand aufweisen. Beispielsweise sind Arbeitnehmer in der Metallerzeugung und -bearbeitung durchschnittlich 15,75 Arbeitstage im Jahr als krank abwesend. Ein Arbeitnehmer, der in der chemischen Industrie beschäftigt ist, weist immer noch durchschnittlich 12,96 Fehltage pro Jahr auf, während Arbeitnehmer, die für ein Kreditinstitut arbeiten, mit jährlich durchschnittlich 9,38 Arbeitstagen relativ niedrige Fehlzeiten verzeichnen. Beschäftigte in einem Betrieb des Großhandels fehlen im Durchschnitt lediglich 8,79 Arbeitstage. Diese Beobachtung deutet darauf hin, daß auch in Zukunft die Fehlzeiten eher zurückgehen werden, da der Dienstleistungssektor im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe die größten Beschäftigungszuwächse verzeichnen kann.

Die Ergebnisse der IZA-Studie bestätigen insbesondere die zentrale Bedeutung der Arbeitslosigkeit für die Fehlzeiten: Steigt die Arbeitslosigkeit, sinkt im Gegenzug die Anzahl der Arbeitstage, an denen ein Arbeitnehmer aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Arbeit erscheint, signifikant. Dieses Resultat konnte sowohl für die Berufsgruppe der Angestellten als auch für die Berufsgruppe der Arbeiter bestätigt werden. Für Beamte konnte hingegen kein negativer Zusammenhang zwischen der Höhe der Fehlzeiten und der Arbeitslosigkeit gefunden werden, da sie nicht dem Risiko ausgesetzt sind, arbeitslos zu werden. Des weiteren zeigt die empirische Analyse der Bestimmungsgründe der Fehlzeiten, daß sowohl eine Beschäftigung in einem großen Unternehmen als auch eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst die Fehlzeiten signifikant erhöht. Für weibliche Arbeitnehmer ist ein positiver Einfluß der Arbeitszeit auf die Anzahl der Fehltage festzustellen: Teilzeitarbeit reduziert die Fehlzeiten. Ältere Arbeitnehmer weisen durchschnittlich mehr Fehlzeiten als jüngere Arbeitnehmer auf. Ein signifikanter Einfluß des Lohnsatzes auf die Höhe der Fehlzeiten ist hingegen nicht zu erkennen.

Fazit

Die IZA-Untersuchung läßt die Annahme zu, daß sich der gesamtwirtschaftliche Krankenstand auch in Zukunft eher auf einem relativ niedrigen Niveau bewegen wird. Dies ist zum einen aus dem unveränderten Ausmaß der Arbeitslosigkeit abzuleiten, zum anderen dürfte sich eine weitere Deregulierung von öffentlichen Unternehmen dämpfend auf die Höhe des Krankenstandes auswirken. Dasselbe gilt in bezug auf die Anzahl an vertraglich vereinbarten Arbeitsstunden: Nimmt die Teilzeitbeschäftigung auch in Zukunft zu, dann wird wiederum ein die Höhe des Krankenstandes dämpfender Effekt eintreten. Insoweit wären Politik und Tarifparteien gut beraten, auf der Suche nach beschäftigungswirksamen Kostenentlastungen die Funktion der Entgeltfortzahlung realistisch einzuschätzen - die reduzierte Lohnfortzahlung jedenfalls vermag die Lohnzusatzkosten noch nicht einmal um einen Prozentpunkt zu senken.

—) I Z A

Jugendarbeitslosigkeit - Arbeit fördern

Fakten zur Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosigkeit ist in vielen europäischen und OECD-Ländern dramatisch ausgeprägt; günstige Perspektiven sind derzeit kaum zu erkennen. Eine Analyse der Zahlen zur internationalen Arbeitslosigkeit im Jahr 1996 zeigt, daß die durchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zur Arbeitslosigkeit ins-

gesamt in den EU- und OECD-Staaten fast doppelt so hoch war. Als hochproblematisch ist vor allem die Arbeitsmarktsituation der unter 25jährigen anzusehen.

Dabei sind die länderspezifischen Unterschiede gravierend. Während in der Bundesrepublik Deutschland Jugend-, Erwachsenen- und Gesamtarbeitslosigkeit auf annähernd gleichem Niveau liegen,

weisen unter anderem Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Polen, Schweden und Spanien Jugendarbeitslosigkeitsraten in einer besorgniserregenden Größenordnung auf. Die Zahlen bewegen sich – verglichen mit der Erwachsenenarbeitslosigkeit (der über 25jährigen) – auf doppelt bis vierfach höherem Niveau.

Nicht überraschen kann die Feststellung, daß die Arbeitslosenquoten für Jugendliche ohne höhere Schulbildung in den genannten Ländern insgesamt besonders hoch ausfallen. Die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu werden sinkt mit dem Niveau der Schulbildung; allerdings ist auch eine höhere Qualifikation keine Garantie für einen Arbeitsplatz. Diejenigen Länder, wie etwa Deutschland, Dänemark und Österreich, die über ein insgesamt solides Berufsausbildungssystem verfügen, haben die geringste Jugendarbeitslosigkeit im internationalen Vergleich zu beklagen, ohne daß dies die Notwendigkeit arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen deshalb weniger dringend erscheinen lassen sollte.

Jugendarbeitslosigkeit – auch eine Folge von Immigration?

Im Rahmen eines vom IZA im Juni 1999 veranstalteten Lunchtime Meetings zur Jugendarbeitslosigkeit wies IZA-Fellow Rudolf Winter-Ebmer (Universität Linz, Österreichund CEPR) darauf hin, daß vereinfachende Erklärungsansätze, die die hohe Jugendarbeitslosigkeit beispielsweiauf Zuwanderung zurückführen, unzulässig seien. Die empirische Analyse am Beispiel Österreichs ergibt einen kaum ausgeprägten Zusammenhang, der lediglich im Bereich der Beschäftigung von Arbeitern im Bau- und Gastgewerbe ein analog zu wachsender Ausländerbeschäftigung steigendes Arbeitslosigkeitsrisiko zur Folge hat. "Im Durchschnitt steigt das Arbeitslosigkeitsrisiko bei einer um ein Prozent anwachsenden Ausländerbeschäftigung lediglich um 1/4 Prozent; bei Frauen und Angestellten sind keinerlei Verdrängungswettbewerbe zuungunsten junger inländischer Arbeitnehmer festzustellen. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt im Falle Österreichs rund 90 Tage für jüngere Arbeitnehmer. Sie würde sich im Schnitt um eine Woche verlängern, wenn die Ausländerbeschäftigung um ein Prozent ausgeweitet würde. Die Sündenbocktheorie erweist sich wieder einmal als falsch", so das Fazit von Rudolf Winter-Ebmer.

Politikvorschläge gegen Jugendarbeitslosigkeit: Subvention von Arbeit

Jugendarbeitslosigkeit ist nicht zuletzt deshalb auch dort, wo sie – wie etwa in Deutschland – die durchschnittliche Gesamtarbeitslosigkeit nicht übersteigt, ein ernstes Problem, weil aus ihr rasch die Gefahr von Langzeitarbeitslosigkeit erwächst. Die Wahrscheinlichkeit, daß jugendliche Arbeitslose auch im späteren Leben erwerbslos sein werden, ist vor allem dann unverhältnismäßig hoch, wenn es sich um geringqualifizierte Jugendliche handelt. Dies macht neben

Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung eine völlige Abkehr vom bisherigen System der Finanzierung von Arbeitlosigkeit notwendig, damit Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft gerade der jungen Menschen nicht verschüttet werden. Nach den Worten von IZA-Fellow Dennis J. Snower (Birkbeck College, London und CEPR) untergräbt das derzeitige System finanzieller Umverteilung die Vitalität der Marktwirtschaft und eliminiert Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung: "Das deutsche System der Arbeitslosenunterstützung verhindert eine aktive Stellensuche und vergrößert die Probleme, die es eigentlich verringern sollte. Der Staat muß aufhören, Arbeitslosen Geld zu geben; er muß damit anfangen, ihnen gezielte Erwerbsanreize zu bieten."

Der renommierte englische Arbeitsmarktexperte empfiehlt die Einführung eines Gutschein-Systems. Solche Gutscheine sollten an die Stelle der Arbeitslosenunterstützung treten und von Arbeitgebern als befristeter Lohnkostenzuschuß beim Staat eingelöst werden. Der Wert der Gutscheine solle bei längerer Arbeitslosigkeit oder einer absolvierten Weiterbildung steigen und somit die Attraktivität Langzeitarbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt gezielt erhöhen. Firmen könnten den zusätzlichen Wert ihnen angebotener Gutscheine gezielt für die Aus- und Weiterbildung einsetzen und auf diese Weise Arbeitsplätze sichern bzw. schaffen. Der Vorschlag wäre kostenneutral unter Einsatz der Mittel umzusetzen, die bislang für die Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden. "Deutschland wäre gut beraten, konsequent Arbeit zu subventionieren. Das Gutschein-System wäre eine mutige Lösung", so Dennis Snower.

Auch IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann plädiert für eine gezielte Förderung des aktiven Bemühens um Arbeit. "Der heutige Automatismus, Arbeitslosigkeit anstelle von Arbeit zu finanzieren, hat sich als Irrweg herausgestellt. Gerade angesichts des schweren Erbes, das die Bundesregierung von ihrer Vorgängerin übernommen hat, hat sie allen Grund, eine geradlinige Arbeitsmarktpolitik zu fahren. Natürlich sind ausgetretene Pfade bequemer, aber am Ende wartet nur eine Sackgasse. Das Gutschein-Modell dagegen wäre ein entscheidender Schritt in eine ökonomisch und sozialpolitisch vernünftigere Richtung."

Ein soeben erschienenes Sonderheft des "Journal of Population Economics" widmet sich ausführlich dem Themenbereich der Jugendarbeitslosigkeit:

Journal of Population Economics

Special issue

Youth Labor Market
(Volume 12, Number 2)

Klaus F. Zimmermann **Editorial**

J. Michael Orszag/ Dennis Snower

Youth unemployment and government policy

Diane J. Macunovic

The fortunes of one's birth: Relative cohort size and the youth labor market in the United States

Gerard J. van den Berg/ Jan C. van Ours

Duration dependence and heterogeneity in French youth unemployment durations

Patricia Rice

The impact of local labour markets on investment in further education: Evidence from the England and Wales youth cohort studies

Alan Barrett/Tim Callan/ Brian Nolan

Returns to education in the Irish youth labor market

Rudolf Winter-Ebmer/ Josef Zweimüller

Do immigrants displace young native workers? The Austrian experience

"Impulse für Arbeit" - IZA engagiert sich in neuer Arbeitsmarkt-Initiative

Im August 1999 wurde eine Beschäftigungsinitiative ins Leben gerufen, die schon aufgrund der an ihr beteiligten Partner aufhorchen läßt. Initiatoren waren die VEBA AG, einer der großen deutschen Arbeitgeber, in Person ihres Vorstandsvorsitzenden Ulrich Hartmann, der Weihbischof des Bistums Essen, Franz Grave, sowie der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Kock. Das IZA hat die Geschäftsführung und wissenschaftliche Beratung dieses wichtigen Projekts übernommen und als Arbeitsgrundlage ein umfangreiches Gutachten über "Ursachen und Wege zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit" vorgelegt (der vollständige Text dieses Gutachtens ist auf der IZA-Homepage verfügbar). IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann leitet eine Expertenkommission, die mit Vertretern aus Wissenschaft und Praxis hochrangig besetzt ist.

Zielsetzung von "Impulse für Arbeit" ist die Entwicklung konkreter Vorschläge und Projekte, um auf lokaler und regionaler Ebene mit geeigneten Kooperationspartnern zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen. "Impulse für Arbeit" ist stark mikroökonomisch orientiert und konzentriert sich auf die eigentlichen Problemgruppen des deutschen Arbeitsmarktes: die Geringqualifizierten.

An Initiativen und Engagement zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit herrscht in Deutschland insgesamt kein Mangel. Häufig fehlt es jedoch an der Zielgruppengenauigkeit, die "Impulse für Arbeit" anstrebt, und es werden Personenkreise begünstigt, die dieser Unterstützung weniger dringend bedürfen. Ebenso oft mangelt es an der wissenschaftlichen Evaluation. So bleibt oft unklar, welcher tatsächliche Beschäftigungseffekt den durchgeführten Maßnahmen staatlicher oder privater Träger zugeschrieben werden kann. "Impulse für Arbeit" wird gleichwohl über die Realisierung neuer Ånsätze hinaus auch prüfen, welche bereits existierenden Projekte fortgeführt oder variiert werden können.

Anläßlich der öffentlichen Vorstellung von "Impulse für Arbeit" unterstrich VEBA-Personalvorstand Manfred Krüper die gesellschaftliche Verantwortung auf Arbeitgeberseite, die sich nicht darin erschöpfen dürfe, lediglich auf Fehlentwicklungen und arbeitsmarktpolitischen Reformbedarf hinzuweisen, sondern auch aktives Eintreten für die Schaffung neuer Arbeitsplätze umfassen müsse. Der Essener Weibischof Franz Grave wie auch Präses Manfred Kock von der Evangelischen Kirche im Rheinland betonten das vielfältige Engagement der Kirchen für mehr Beschäftigung, das durch die Teilnahme an "Impulse für Arbeit" seine Fortsetzung erfahre.

IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann wies auf die Dringlichkeit zielgerichteter Maßnahmen für Geringqualifizierte hin, die in alarmierendem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Jeder vierte Geringqualifizierte in Westdeutschland und jeder zweite in Ostdeutschland ist ohne Arbeit). Ihre Arbeitsplätze im sekundären Sektor sind dem strukturellen und technischen Wandel zum Opfer gefallen und im Zukunftsmarkt der Dienstleistungen noch nicht in ausreichendem Maße neu geschaffen worden. "Das, was die Arbeitsmarktpolitik im Großen zu leisten hat, braucht Unterstützung, um vor Ort ganz konkret für Beschäftigungschancen für geringer qualifizierte Arbeitslose zu sorgen. Unsere Initiative will sich dieser Aufgabe stellen. Dabei steht nicht eine möglichst große Zahl von Jobvermittlungen, sondern eine möglichst große Zielgruppen-

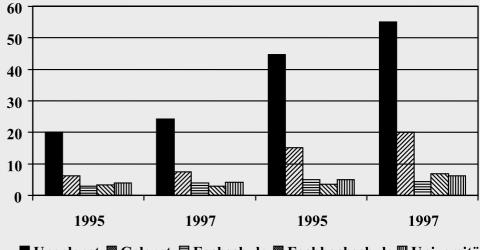
genauigkeit im Mittelpunkt", erläuterte Zimmermann.

Die Projekte von "Impulse für Arbeit" sollen vor allem in den Aktionsbereichen Information und Orientierung, Stärkung der Eigeninitiative, Qualifizierung, Förderung der Risikobereitschaft sowie der Unterstützung betriebs- und arbeitnehmerorientierter Flexibilisierungsmodelle angesiedelt sein. Die Kommission fungiert dabei als "think tank", wird aber in Abstimmung mit der VEBA AG und den Kirchen auch geeignete Kooperationspartner auswählen.

Im Internet ist "Impulse für Arbeit" über www.iza.org aber auch auf einer eigenen Homepage (www.impulse-fuer-arbeit.de) erreichbar, die vor allem als Ideenbörse konzipiert ist.



Arbeitslosigkeit in Deutschland nach Berufsausbildung (in Prozent)



■ Ungelernt **■** Gelernt **■** Fachschule **■** Fachhochschule **■** Universität

Europäisches Symposium für Arbeitsökonomie 1999

Mit dem European Summer Symposium in Labor Economics (ESSLE 1999) war das IZA erstmals Träger eines Forums, das führenden Arbeitsmarktexperten den intensiven Erfahrungs- und Gedankenaustausch ermöglicht. Gleichzeitig soll insbesondere jungen europäischen Forschern Gelegenheit gegeben werden, ihre wissenschaftlichen Arbeiten zu präsentieren. Dieses jährlich stattfindende Treffen organisiert das IZA gemeinsam mit dem Londoner "Centre for Economic Policy Research" (CEPR). Neben IZA-Fellow Juan Dolado (Universität Madrid) ist IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann Kodirektor des CEPR-Programmschwerpunkts "Arbeitsökonomie", der ESSLE konzipiert.

Die Ankündigung der Veranstaltung stieß auf eine derart große Resonanz, daß eine strenge Teilnehmerauswahl erforderlich war. Das Managementzentrum der Deutschen Post im bayerischen Buch am Ammersee bot vom 13. bis 19. September 1999 vierzig Wissenschaftlern hervorragende Bedingungen, um in entspannter Atmosphäre aktuelle Forschungsergebnisse zu diskutieren und Kontakte für zukünftige Zusammenarbeit zu knüpfen. Für Fachvorträge konnten einige der renommiertesten Arbeitsökonomen gewonnen werden.

Effizienz von Arbeitsmarktprogrammen und ihre Evaluierung

Das Symposium startete mit einem Vortrag von IZA-Fellow James J. Heckman (University of Chicago, USA) zur Wirkung von Arbeitsmarktprogrammen und der damit verbundenen Frage nach ihrer Evaluierung.



Zwar erfahren staatliche Aktivitäten zur Integration von Arbeitslosen und die damit verbundenen Kosten in der Öffentlichkeit besondere Aufmerksamkeit. Die wissenschaftliche Auswertung der in der Praxis realisierten Programme führt jedoch häufig zu allgemeiner Ernüchterung. Dies gilt für Qualifizierungsprojekte ebenso wie für die direkte Subventionierung von Beschäftigung oder andere Maßnahmen. Unumstritten ist, daß Ein-

griffe in den Arbeitsmarkt um so größere Wirkung entfalten, je spezifischer die Ansatzpunkte sind. In diesem Zusammenhang ist in der Praxis leider noch zu oft festzustellen, daß zwar erhebliche finanzielle Mittel von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt werden, die Verteilung nach dem Gießkannenprinzip jedoch wenig effizient ist.

James J. Heckman ging ausführlich auf die methodischen Probleme bei der Evaluierung von Arbeitsmarktmaßnahmen ein. In den USA gibt es in diesem Bereich weitaus größere Erfahrungen als in Europa. Dies sei zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß man dort mit sogenannten "sozialen Experimenten" weitaus unbefangener umgehe. Als kritisch anzusehen sei, so Heckman, daß zwar in der Vergangenheit viel Aufmerksamkeit darauf verwendet wurde, vorhandene Selektionsprobleme methodisch auszugleichen, jedoch wenig Aufmerksamkeit in die Bereitstellung besserer Datensätze investiert wurde.

Soziale Sicherungssysteme und Rentenzugang

David Wise (Harvard University, USA) referierte über soziale Sicherungssysteme und ihren Einfluß auf den Rentenzugang.



Noch immer basiert in den meisten Ländern die Alterssicherung auf einem Umlageverfahren. Die Probleme dieses Konzepts angesichts der in den Industriestaaten immer älter werdenden Bevölkerung sind weithin bekannt: Eine immer kleiner werdende Zahl von Arbeitskräften muß die Altersversorgung einer zunehmenden Zahl von Rentnern finanzieren. In einigen Ländern wurden deshalb in den letzten Jahren mehr oder weniger grundlegende Reformen durch die Politik eingeleitet. Ironie des Schicksals sei, daß die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme in der Regel selbst die Probleme schaffe, mit denen sie dann zu kämpfen habe.

Ein Schwerpunkt der Ausführungen von David Wise lag auf den Anreizen, die den Zeitpunkt des Renteneintritts beeinflussen. Während in einigen Ländern das Rentenalter relativ strikt festgelegt sei, gebe es in anderen diesbezüglich größere Flexibilität. Empirische Analysen zeigten, daß die Reagibilität der Arbeitskräfte hinsichtlich ihres Rentenzugangs überraschend hoch sei. Vielfach werde seitens der Politik der Einfluß der anderen Sozialversicherungen auf den Rentenzugang unterschätzt. Zum Teil würden sie aber auch bewußt in diesem Sinne eingesetzt. Durchaus gängig und geduldet sei in vielen Ländern, daß durch die Arbeitslosenversicherung der Vorruhestand älterer Arbeitnehmer finanziert werde.

Steigende Bedeutung der Schulbildung

Orley Ashenfelter (Princeton University, USA) beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Beziehung zwischen der schulischen Erziehung und dem späteren Erwerbseinkommen.



Arbeitskräfte mit einem höheren Bildungsniveau haben im Schnitt ein höheres Einkommen sofern sie entsprechend eingesetzt werden. Auch wenn dieser Zusammenhang kein zwangsläufiger ist, gilt eine solche Kausalität heute als empirisch gesichert. Ohne Zweifel werde die Bedeutung der Schulbildung als Fundament der beruflichen Ausbildung in Zukunft einen noch zentraleren Stellenwert einnehmen, erläuterte Ashenfelter. Um nicht von vornherein Einkommensdifferenzen zu manifestieren, sei es deshalb notwendig, Chancengleichheit zu schaffen. Hier gebe es bereits Erfahrungen mit zahlreichen Maßnahmen. So sei zum Beispiel die Schaffung von ergänzenden Bildungsmöglichkeiten oder eine direkte monetäre staatliche Unterstützung von einkommensschwachen Eltern in Form von Ausbildungsgeldern für ihre Kinder ein gangbarer Weg. Eine weitere Frage sei, wie das Bildungsniveau generell erhöht werden könne, um langfristig zu einem höheren Einkommensniveau zu kommen. Hier gebe es zwar manche Ansätze, aber noch zu wenig empirische Erkenntnisse über ihren Erfolg.

European Summer Symposium in Labour Economics A CEPR-IZA Conference Tuesday 14 September: 09.30 - 11.30 1. Morning Session I Chair: Klaus F. Zimmermann Evaluation of Labour Market Programmes James Heckman (University of Chicago and IZA) 2. Parallel Session A Chair: Lars Ljungqvist Wages, Experience and Seniority Christian Dustmann (Institute for Fiscal Studies, University College London, CEPR and IZA) Costas Meghir (Institute for Fiscal Studies, University College London and CEPR) 17.00 - 18.30 Household Characteristics, Ability and Education: Evidence from a Dynamic Expected Utility Model Christian Belzil (Concordia University and IZA) Jörgen Hansen (IZA) 3. Parallel Session B Chair: Gerard Pfann 15.30 - 17.00 **Does Shorter Schooling Hurt Student Performance and Earnings?** Jörn-Steffen Pischke (MIT, CEPR and IZA) Transitions from School to Work: Search Time and Job Duration 17.00 - 18.30 Espen Bratberg (University of Bergen) Øivind Anti Nilsen (University of Bergen and IZA) 4. Parallel Session C 20.00 - 21.30 Chair: Pietro Garibaldi The Evolution of Earnings Inequality in Italy and the Escalator Cause Marco Manacorda (Centre for Labor Economics, University of California, Berkeley) 5. Parallel Session D Chair: Gil Epstein Immigrant Labor and Workplace Safety Thomas Bauer (IZA and CEPR) Andreas Million (University of Munich), Ralph Rotte (University of Munich and IZA), Klaus F. Zimmermann (IZA, Bonn University and CEPR) Wednesday 15 September: 09.30 - 11.30 6. Morning Session II Chair: Juan J. Dolado Social Security Programs and Retirement Around the World David Wise (NBER and Harvard University) 7. Parallel Session A Chair: Michael Burda **Squandering European Labor: Social Safety Nets and Economic Turbulence** Lars Ljungqvist (Stockholm School of Economics, CEPR and IZA) 17.00 - 18.30 Modelling Financial Incentives to Get Unemployed into Work Jan Boone (CentER, Tilburg University, and CPB) Jan van Ours (CentER, Tilburg University, CEPR and IZA) 15.30 - 17.00 8. Parallel Session B Chair: Barbara Petrongolo On the Neutrality of Severance Payments in the Theory of Search Unemployment Pietro Garibaldi (International Monetary Fund and CEPR) Gianluca Violante (University College London and CEPR) **Job Protection, Minimum Wage and Unemployment**Pierre Cahuc (University of Paris I, CEPREMAP, CREST-INSEE, Institut Universitaire de France and IZA) André Zylerberg (CNRS and University of Paris I) 17.00 - 18.30 20.00 - 21.30 9. Parallel Session C Chair: Marco Francesconi General Training and Human-Capital Externalities Alison Booth (University of Essex, CEPR and IZA) 10. Parallel Session D 20.00 - 21.30 Chair: Javier Ortega The Endogenous Determination of the Minimum Wage Gil Epstein (Bar-Ilan University, CEPR and IZA) Shmuel Nitzan (Bar-Ilan University) Thursday 16 September: 09.30 - 11.30 11. Morning Session III The Payoff to Education Orley Ashenfelter (Princeton University) Chair: Costas Meghir 12. Parallel Session A 20.00 - 21.30 Chair: Pietro Garibaldi Screening vs. Training in General Equilibrium Search Models Etienne Wasmer (ECARE, University of Bruxelles, CEPR and IZA) 13. Parallel Session B 20.00 - 21.30 Chair: Christian Dustmann Corporate Downsizing and Efficient Quitting Gerard Pfann (Maastricht University, CEPR and IZA) Friday 17 September: 09.30 - 11.30 14. Morning Session IV The Future of Personnel Economics Chair: Alison Booth Edward Lazear (Stanford University) Chair: Jennifer Hunt 15. Parallel Session A Money for Nothing and Your Chips for Free? The Anatomy of the PC Wage Differential John Haisken-DeNew (DIW and IZA) Christoph M. Schmidt (University of Heidelberg, CEPR and IZA) 17.00 - 18.30 Labor Market Assimilation and the Self-Employment Decision of Immigrant Entrepreneurs Magnus Lofstrom (IZA) 15.30 - 17.00 16. Parallel Session B Chair: Thomas Bauer Group Interactions and Individual Background: Explaining Regional Shirking Differentials in a Large Italian Bank Andrea Ichino (European University Institute, IGIER, CEPR and IZA Giovanni Maggi (Princeton University and NBER) **Absenteeism and Employment Probation**Regina Riphahn (University of Munich, CEPR and IZA), Anja Thalmaier (IZA) 17.00 - 18.30 20.00 - 21.30 17. Parallel Session C Chair: Jörn-Steffen Pischke Employment and the Distributional Effects of Restricting Working Time Ramon Marimon (European University Institute, University Pompeu Fabra, Barcelona, NBER and CEPR) Fabrizio Zilibotti (Institute for International Economic Studies, Stockholm, University Pompeu Fabra, Barcelona and CEPR)

20.00 - 21.30 18. Parallel Session D Chair: Jan van Ours

Re-employment Probabilities and Returns to Matching
Barbara Petrongolo (University Carlos III, Madrid, London School of Economics and CEPR)

Saturday 18 September:

09.30 - 11.30 19. Morning Session V Chair: Zvi Eckstein The Evolution of Labour Markets in Transitional Economies

Jan Svejnar (WDI, University of Michigan, CERGE-EI, Prague and ČEPR)

15.30 - 17.00 20. Parallel Session A Chair: John Haisken-DeNew

Post-Unification Wage Growth in East Germany Jennifer Hunt (Yale University, CEPR, and IZA)

Estimating Wage Losses of Displaced Workers in Germany Michael Burda (Humboldt-University Berlin, CEPR and IZA) 17.00 - 18.30

Antje Mertens (Max Planck Institute and Humboldt-University Berlin)

15.30 - 17.00 21. Parallel Session B Chair: Oivind Anti Nilsen

Identifying the Effect of Unemployment on Crime Steven Raphael (University of California)

Rudolf Winter-Ebmer (University of Linz, Vienna Institute for Economic Policy Research, CEPR and IZA)

17.00 - 18.30

Demand Uncertainty, Mismatch and (Un)Employment - A Microeconomic Approach
Mohamed Jellal (CES, University of Rabat)
Jacques-François Thisse (CORE, Université Catholique de Louvain, CERAS, Ecole Nationale des Ponts et Chaussées and CEPR)
Yves Zenou (CERAS, Ecole Nationale des Ponts et Chaussées, GAINS, Université du Maine, CEPR and IZA)

Juan J. Dolado (Universidad Carlos III, Madrid, CEPR and IZA) Organizers: Klaus F. Zimmermann (IZA, Bonn University and CEPR)

Die Zukunft der Personalökonomie

Mit Edward Lazear (Stanford University, USA) referierte einer der führenden Wissenschaftler der Personalökonomie über die Zukunft dieser relativ jungen Forschungsrichtung.



Sie wendet das mikroökonomische Instrumentarium auf alle Bereiche innerhalb eines Unternehmens an, in denen personelle Fragestellungen von Bedeutung sind. Obwohl inhaltlich mit der betriebswirtschaftlichen Personallehre verbunden, ist die Herangehensweise an dieses wichtige Themengebiet eine grundlegend andere. Ein zentraler Punkt in der Personalökonomie ist die grundsätzliche Annahme rational handelnder Individuen, deren Verhalten im wesentlichen durch ihre Kontakte untereinander bestimmt wird und weniger durch Kräfte, die außerhalb ihres Einflußbereichs liegen. Des weiteren wird von einer Gleichgewichtsannahme und vorhandener Effizienz ausgegangen. Dies alles führe dazu, so Edward Lazear, daß die Personalökonomie zu strukturierteren und genaueren Antworten geführt habe.

Ziel ist es, ein Verständnis für das Verhalten der handelnden Personen innerhalb eines Unternehmens zu entwickeln und dies letztlich in praktikable Konzepte umzusetzen. Inzwischen gebe es eine Vielzahl von empirischen Arbeiten, die die theoretischen Modelle bestätigten. Wie Edward Lazear deutlich machte, ist die Personalökonomie jedoch immer noch ein Gebiet, in dem viele interessante Fragestellungen unbeantwortet sind und somit ein reiches Feld für zukünftige Forschungsarbeiten geboten wird.

Die Entwicklung der Arbeitsmärkte in Transformationsländern

Die Transformation der osteuropäischen Arbeitsmärkte stand im Mittelpunkt des Vortrags von Jan Svejnar (University of Michigan, USA).



Im Jahrzehnt nach dem Fall des Eisernen Vorhangs haben die vormals sozialistischen Länder den Weg in die Marktwirtschaft unterschiedlich gut vollzogen.

In vielen Transformationsländern stieg die Arbeitslosenquote in den zweistelligen

Bereich, trotz eines starken Rückgang der Erwerbsbeteiligung, einer extremen Abwertung der Währungen, starken Kürzungen der zuvor hohen Arbeitslosenunterstützung und großen Anstrengungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Zahlreiche weitergehende Beobachtungen dokumentieren den Übergang zur Marktwirtschaft. Dazu gehöre, so Jan Svejnar, daß die Lohnhöhe nun deutlich mit dem Erfolg der Unternehmen variiere. Außerdem sei die Entlohnung von Humankapital stark angestiegen, was auch zu der makroökonomisch zu beobachtenden größeren Streuung der Einkommen geführt habe. Bemerkenswert sei im übrigen auch die Beobachtung, daß nach dem grundsätzlichen Regimewechsel die Schaffung von entsprechenden Rahmenbedingungen durch den Staat einen nur geringen Einfluß auf die Akteure gehabt habe. So ging zum Beispiel eine großzügigere Arbeitslosenunterstützung nicht zwangsläufig mit längerer Arbeitslosigkeit einher.

Eine gelungene Veranstaltung

Eine Vielzahl weiterer Fachgespräche und Vorträge zu Arbeitsmarktthemen rundete das Programm des Europäischen Symposiums für Arbeitsökonomie ab. Auch bestand zwischen den Veranstaltungen ausreichend Gelegenheit, den Gedankenaustausch im kleineren Kreis fortzusetzen. Das Konzept der ESSLE hat sich zweifellos bewährt. Im Unterschied zu den großen Fachtagungen der Ökonomen, bei denen die Arbeitsökonomie zumeist nur als ein Gebiet unter vielen rangiert und vergleichsweise wenig Raum für die Präsentation von Forschungsresultaten erhält, konnten die Arbeiten dieses Faches im Rahmen der ESSLE ausgiebig und fruchtbar erörtert werden. Das Managementzentrum der Deutschen Post AG bot hierfür ein hervorragendes Umfeld und wird auch im kommenden Jahr Forum für ESSLE 2000 sein.

FORSCHUNG AKTUELL

Neuerscheinung: Migration - The Controversies and the Evidence

Der soeben erschienene, von Riccardo Faini (Universität Brescia, Centro Studi Luca, d'Angliano und CEPR) Jaime de Melo (Universität Genf und CEPR) und Klaus F. Zimmermann (IZA, Universität Bonn und CEPR) herausgegebene Band liefert eine kritische Betrachtung des derzeitigen Streits über die Zuwanderungspolitik. Er soll die Debatte in ein neues Licht rücken, indem er mehrere Studien zusammenbringt, die den Zusammenhang zwi-

schen Handel und Faktormobilität, insbesondere des Faktors Arbeit, aus theroretischer und empirischer Perspektive erforschen. Das Buch untersucht die Substituierbarkeit von Handel und Migration, die Auswirkungen von regionaler Integration auf die Standorte wirtschaftlicher Aktivität, die Rolle öffentlicher Güterbereitstellung sowie die politische Ökonomie der Migration. Die verschiedenen Untersuchungen quantifizieren den Zusammenhang von Handel, Handelspolitik, Migration und Einkommensverteilung in Her-

kunfts- und Zielländern anhand von ökonometrischen Methoden und Simulationen allgemeinen Gleichgewichts. Darüber hinaus werden Fallstudien über derzeitige und vergangene Wanderungsströme präsentiert, so etwa zu den Auswirkungen des NAFTA-Abkommens auf Migrationsdruck und Lohngefälle, zum Zusammenhang von Handel und Migration zwischen Ostund Westeuropa sowie zu den historischen Erfahrungen mit Wanderungsströmen im 19. Jahrhundert.

Migration

The Controversies and the Evidence Edited by Riccardo Faini, Jaime de Melo, Klaus F. Zimmermann

Contents

Trade and migration: an introduction

Riccardo Faini/Jaime de Melo/Klaus F. Zimmermann

Part One: Insights from Theory

Trade liberalisation and factor mobility: an overview

Antony J. Venables

Regional integration, trade and migration are demand linkages relevant in Europe?

Rodney D. Ludema/ Jan Wooton

Beyond international factor movements: cultural preferences, endogenous policies and the migration of people: an overview

Arye L. Hillman/Avi Weiss

Trade liberalisation and public-good provision: migration-promoting or migration-deterring?

Konstantine Gatsios/Panos Hatzipanayotou/Michael S. Michael

Part Two: Quantifying the Links between Trade and Migration

Trade and migration: a production-theory approach

Ulrich Kohl

Migration, dual labour markets and social welfare in a small open economy

Tobias Müller

Globalisation and migratory pressures from developing countries: a simulation analysis

Riccardo Faini/Jean-Marie Grether/Jaime de Melo

Part Three: Historical and Contemporary Evidence

Were trade and factor mobility substitutes in history?

William J. Collins/Kevin O'Rourke/Jeffrey G. Williamson

Liberalisation and incentives for labour migration: theory with applications to NAFTA

James R. Markusen/ Steven Zahniser

East-West trade and migration: the Austro-German case

Rudolf Winter-Ebmer/Klaus F. Zimmermann

Discussion: André Sapir

Discussion: Giorgio Basevi

Discussion: Francesco Daveri

Discussion: Ignazio Musu

Discussion: Marzio Galeotti

Discussion: Rudolf Winter-Ebmer

Discussion: Alessandra Venturini

Discussion: Gianni Toniolo

Discussion: Pasquale M. Sgro

Discussion: Marina Schenkel

) IZA

Neues IZA-Gutachten zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte

Eine soeben im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vorgelegte Studie zur Frage der Förderung eines Niedriglohnsektors in Deutschland analysiert verschiedene Modelle und beziffert die durch sie entstehenden Kosten sowie den Umfang der potentiell neu entstehenden Arbeitsplätze (siehe auch S. 14

dieser Ausgabe von IZA compact). Das deutschsprachige Gutachten ist ab sofort auf der IZA-Hompage verfügbar.



IZA Gutachten: "Ursachen und Wege zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit"

Anläßlich des Starts der Initiative "Impulse für Arbeit" hat das IZA ein Gutachten zur Situation des deutschen Arbeitsmarktes und zur besonderen Problematik im Bereich geringqualifizierter Beschäftigung vorgelegt (siehe auch S. 5 dieser Ausgabe

von IZA compact). Der Wortlaut dieser Studie ist unter www.iza.org nachzulesen.



Journal of Population Economics: Viel erreicht in einem Jahrzehnt

In einem kürzlich in "Population and Development Review" erschienenen Artikel (Hendrik P. van Dalen/Kène Henkens, How Influential are Demography Journals?, in: Population and Development Review 25 (2) 1999, S. 229-251) wird die Bedeutung demographischer Fachzeit-

schriften untersucht. Empirische Grundlage sind die Statistiken des Institute for Scientific Information (ISI), das unter anderem den bekannten Social Science Citation Index (SSCI) erstellt. Das 1988 erstmals erschienene Journal of Population Economics war mit einer Laufzeit von acht Jahren zum Untersuchungszeitpunkt die mit Abstand jüngste der erfaßten 16 Fachjournale. Zwölf Zeitschriften waren bereits seit über 20 Jahren auf dem Markt. Da die Analyse im wesentlichen auf der Anzahl der Zitate der jeweiligen

Zeitschrift in anderen Publikationen beruht, haben solche lang etablierten Journals naturgemäß einen großen Wettbewerbsvorteil. Dennoch kann das vom IZA betreute Journal of Populations Economics beachtliche Erfolge vorweisen. Die Zahl der im Journal of Population

Economics veröffentlichten Artikel, die innerhalb von zwei bzw. fünf Jahren nach ihrem Erscheinen in anderen Zeitschriften zitiert wurden, liegt deutlich über dem Durchschnitt aller untersuchten Journals. Festgestellt wurde außerdem, daß die

Stärke des Journal of Population Economics in der Veröffentlichung von Artikeln zu aktuellen wissenschaftlichen Debatten liegt. Im übrigen ist die Zahl der Verweise auf das Journal of Population Economics in ökonomischen Zeitschriften weitaus größer als in demographischen Journals. Die Zeitschrift hat ihre anvisierte Position als Bindeglied zwischen Demographie und Ökonomie damit bereits eingenommen und demographischen Fragestellungen und Forschungsergebnissen den Weg in die ökonomische Fachdisziplin bereitet.

KURZBERICHTE

+++ Dritte European Summer School in Labor Economics: 29. Mai - 4. Juni 2000 +++ Call for Papers +++

Im Jahr 2000 wird die European Summer School in Labor Economics zum dritten Mal im bayerischen Buch am Ammersee stattfinden (29. Mai bis 4. Juni). Das IZA konnte wieder einige international renommierte Arbeitsökonomen gewinnen, die über neue Forschungsrichtungen referieren und mit einer größeren Zahl von Doktoranden über aktuelle Themen der Arbeitsmarktpolitik diskutieren werden. Die Doktoranden werden auch die Möglichkeit haben, ihre eigenen Forschungsansätze zu präsentieren. Die Referenten sind: Dan Hamermesh (University of Texas, Austin, USA) zum Thema "Labor demand" und Gerard van den Berg (Freie Universität Amsterdam, Niederlande und CEPR) über "Search models and duration models in labor economics". Bewerbungen für die Summer School sollten spätestens bis zum 31. Dezember 1999 beim IZA eingehen. Von allen Bewerbern wird ein Lebenslauf, ein Empfehlungsschreiben ihres Doktorvaters sowie eine kurze Zusammenfassung eines potentiellen Referats über ihre Forschungsergebnisse erwartet. Berücksichtigt werden ausschließlich Bewerbungen von Doktoranden europäischer Universitäten. Die Bewerbungen sollten möglichst per Fax oder E-mail an Dr. Thomas Bauer (Fax: +49-228-3894-210; E-mail: bauer@iza.org) eingereicht werden. Einzelheiten über die vorherigen European Summer Schools in Labor Economics und das Bewerbungsverfahren sind der IZA-Homepage zu entnehmen.

) IZA

+++ IZA organisiert ESPE 2000 +++ Call for Papers +++

Die 14. Jahreskonferenz der European Society for Population Economics (ESPE) wird vom 15.-17. Juni 2000 in Bonn stattfinden. Die Konferenz dient dem Austausch von Forschungsergebnissen auf Gebieten, die sich mit Teilbereichen von

Arbeitsökonomie, Haushaltsökonomie, öffentlicher Wirtschaft, Demographie, Statistik und Wirtschaftsgeschichte befassen. Referate für diese Konferenz sollten als Kurzzusammenfassung und möglichst zusammen mit einem Entwurf der fertigen Arbeit bis zum 1. Februar 2000 eingereicht werden. Den Absendern wird wie den übrigen ESPE-Mitglieder das vorläufige Programm am 15. März 2000 zugeschickt. Für insgesamt zehn junge Wissenschaftler ist eine Erstattung der Teilnahmegebühr vorgesehen. Weitere Einzelheiten über ESPE 2000 unter www.iza.org.

) IZA

+++ IZA-Workshop: "Fehlzeiten und wirtschaftliche Anreize – vergleichende Analyse verschiedener Staaten" +++

Am 6. November 1999 war das IZA Gastgeber eines internationalen Workshops, der sich mit dem Krankenstand und seinen Bestimmungsgründen befaßte. Der Workshop führte Wissenschaftler aus zahlreichen Nationen zusammen, die über die aktuellsten Forschungsergebnisse zu den institutionellen Rahmenbedingungen der jeweiligen Länder referierten. Daraus wird sich die Erarbeitung von Politikvorschlägen ergeben. Ein detailliertes Programm dieser Veranstaltung ist auf der IZA-Homepage verfügbar.

) IZA

+++ IZA-Workshop: "Die Ökonomie der Kinderbetreuung" +++

Das Ziel dieses Meetings, das am 15. und 16. November 1999 im IZA stattfand, war die Eröffnung einer Diskussion über die Faktoren, die für die Bereitstellung von effektiver und effizienter Kinderbetreuung von Bedeutung sind. Kinderbetreuung hat in den letzten Jahren länderübergreifend einen prominenten Platz in den Programmen politischer Parteien eingenommen. Dagegen haben Ökonomen sich mit dem Thema bislang äußerst selten befaßt. Der Workshop hat die wichtigsten Forschungsergebnisse aus Europa

und Amerika zusammengestellt. Einzelheiten sind auf der IZA-Homepage nachzulesen.

) IZA

+++ IZA-Workshop: "Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik" +++

Der wissenschaftlichen Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik ist eine Fachkonferenz gewidmet, die das IZA vom 29.-30. November 1999 in Berlin unter Beteiligung internationaler Experten organisiert. Näheres auf der IZA-Homepage.

) IZA

+++ "Labour Demand, Education and the Dynamics of Social Exclusion" – Fachtagung in Israel +++

Ein CEPR-Workshop wird sich vom 21.-22. November an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Barllan in Israel den Fragen von "Labour Demand, Education and the Dynamics of Social Exclusion" widmen. Das IZA wird dort durch Melanie Ward, Jörgen Hansen und Magnus Lofstrom vertreten sein; die Organisation liegt bei Klaus F. Zimmermann (IZA und CEPR) und IZA-Fellow Shoshana Neuman (Universität Bar-llan und CEPR). Näheres unter www.iza.org.

) IZA

+++ Erfolgreiche CEPR-IZA-Tagung: "Marginal Labour Markets in Metropolitan Areas" +++

Das Economic and Social Research Institute (ESRI) im irischen Dublin war vom 10.-12. Oktober 1999 Gastgeber einer hochkarätigen CEPR-Konferenz zum Thema "Marginal Labour Markets in Metropolitan Areas". Das IZA war durch einige seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter und Fellows vertreten. Organisiert wurde die Tagung von IZA-Fellow Alan Barrett (ESRI und CEPR) und IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann.

(Programm siehe nächste Seite)

Marginal Labour Markets in Metropolitan Areas

Hosted by the Economic and Social Research Institute. Dublin, 10/12 October 1999

Sunday 10 October:

Morning Session: Immigrants (1) Chair: Alan Barrett

09.00 - 10.15 Natives and Migrants in the London Labour Market 1929-31

Timothy Hatton (University of Essex, CEPR and IZA) and Roy Bailey (University of Essex)

Per-Anders Edin (Uppsala University and CEPR) Discussant:

10.15 - 11.30 Chair: Alan Barrett

Immigrant Earnings: Language Skill, Linguistic Concentrations and the Business Cycle
Barry R. Chiswick (University of Illinois, Chicago and IZA) and Paul W. Miller (University of Western Australia)
Discussant: Christian Dustmann (University College London, CEPR and IZA)

12.00 - 13.15 Chair: Alan Barrett

Labor Market Assimilation and the Self-Employment Decisions of Immigrant Entrepreneurs

Magnus Lofstrom (IZA)

Shoshana Neuman (Bar-Ilan University, Ramat-Gan, CEPR and IZA)

Afternoon Session:

Neighbourhood Effects Chair: Timothy Hatton

14.30 - 15.45 Settlement Policies, Ethnic Enclaves, and the Economic Success of Immigrants

Olof Åslund (Uppsala University), Per-Anders Edin (Uppsala University and Peter Fredriksson (Uppsala University) Discussant: Olive Sweetman (National University of Ireland, Maynooth)

16.15 - 17.30 Chair: Timothy Hatton

Residential Location and Youth Unemployment: The Economic Geography of School-to-Work Transitions

Regina T. Riphahn (University of Munich, CEPR and IZA)

Discussant: Alessandra Venturini (University of Padova and IZA)

Monday 11 October:

Morning Session: Cities

Chair: Alan Barrett

09.00 - 10.15 Why Do Poor People Live in Cities?

Edward Glaeser (Harvard University)

Yves Zenou (Université Panthéon-Assass, Paris, CEPR and IZA) Discussant:

10.15 - 11.30

Chair: Alan Barrett

The Impact of the Indonesian Economic Crises on Urban Employment

Kathleen Beagle (RAND, California) Elizabeth Frankenberg (RAND, California), James P. Smith (RAND, California) and

Duncan Thomas (RAND, California and UCLA) Thomas Bauer (IZA and CEPR) Discussant:

12.00 - 13.15

Chair: Regina Riphahn

The Amsterdam Labour Market: A Problem Posed

Joop Hartog (University of Amsterdam and IZA) and Aslan Zorlu (University of Amsterdam)

Discussant: Kostas Mavromaras (University of Newcastle and IZA)

Afternoon Session:

Theory of Marginalization

Chair: Amanda Gosling **Endogenous Marginalisation of Immigrants** 14.30 - 15.45

Gil S. Epstein (Bar-llan University, Ramat-Gan, CEPR and IZA) Discussant: Peter Frederiksson (Uppsala University)

16.15 - 17.30 Chair: Amanda Gosling

A Theory of Prostitution: The Madonna-Whore Dichotomy Revisited

Lena Edlund (Stockholm School of Economics and Columbia University) and Evelyn Korn (University of Tübingen)

Robert E. Wright (University of Stirling, CEPR and IZA)

Tuesday 12 October:

Morning Session:

Marginalized Groups Chair: Thomas Bauer

09.00 - 10.15

The Impact of National Policy and Occupational Mobility on the Sub-Minimum Wage Employment of Latina Women in the United States

Deborah A. Cobb-Clark (Australian National University, Canberra) and Sherrie A. Kossoudji (University of Michigan)
Discussant: Amanda Gosling (University of Essex and CEPR)

10.15 - 11.30 Urban Housing and the Role of 'Underclass' Processes: The Case of Ireland

Brian Nolan (Economic and Social Research Institute, Dublin) and Chris Whelan (Economic and Social Research Institute, Dublin)

Jan C. van Ours (CentER, Tilburg University, CEPR and IZA)

12.00 - 13.15 Chair: Thomas Bauer

Enclaves, Neighbourhood Effects and Economic Activity: Ethnic Minorities in England and Wales

Kenneth Clark (University of Manchester) and Stephen Drinkwater (University of Surrey)

Discussant: Colm Harmon (University College Dublin and CEPR)

Afternoon Session:

Immigrants (2) Chair: Alan Barrett

14.30 - 15.45

The English Language Fluency and Occupational Success of Ethnic Minority Immigrant Men Living in English

Metropolitan Areas

Michael A. Shields (University of Leicester and IZA) and Stephen Wheatley Price (University of Leicester and IZA)

Donal O'Neill (National University of Ireland, Maynooth)

Alan M. Barrett (Economic and Social Research Institute, Dublin, CEPR and IZA) Organizers:

Klaus F. Zimmermann (IZA, Bonn University and CEPR)

+++ IZA Workshop: "Arbeitszeitverkürzung in europäischer Perspektive" +++

Anläßlich eines vom IZA am 27. Oktober 1999 in Berlin veranstalteten Diskussionsabends zu ökonomischen Fragen der Arbeitszeitverkürzung referierten Thomas Bauer (IZA und CEPR) zum Thema "Überstunden – (k)ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit in Deutschland?", Francis Kramarz (CREST, Frankreich, CEPR und IZA) über "The French Experience of Working Time Reduction" und Rob Euwals (IZA) zum Thema "The Myth of Worksharing – A Case Study for the Netherlands". Die anschließende intensive Diskussion wurde von IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann moderiert.



+++ IZA persönlich: Dennis J. Snower ist neuer IZA-Forschungsdirektor für "Wohlfahrtsstaat und Arbeitsmarkt" +++

Der renommierte Arbeitsökonom Dennis J. Snower hat die Leitung des IZA-Forschungsbereichs "Wohlfahrtsstaat und Arbeitsmarkt" übernommen. Seit 1989 ist er Full Professor of Economics am Birkbeck College, University of London. Lehr- und Forschungsaufenthalte führten ihn unter anderem an die Universitäten Columbia, Stockholm und Jerusalem, zum Internationalen Währungsfonds, an das European University Institute sowie das Dartmouth College. Zuvor war er Assistant Professor an der University of Maryland, und am Wiener Institute of Advanced Studies. Für seine Dissertation über "Dynamic Forces of Advanced Capitalist Economies" erhielt er 1975 den Doktortitel. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen zählen Unemployment Policy: Government Options for the Labour Market (edited with Guillermo de la Dehasa), Cambridge 1997; Economic Policies and Unemployment Dynamics in Europe (edited with Brian Henry), Washington 1996; Acquiring Skills: Market Failures, their Symptoms and Policy Responses, Cambridge 1996. Fachaufsätze erschienen unter anderem in American Economic Review, Journal of Political Economy, European Eco-



nomic Review, Oxford Economic Papers, Economic Journal und Journal of Population Economics. Dennis J. Snower ist seit 1993 Fellow der Royal Society of Arts, für das IZA ist er als Fellow seit 1998 tätig.

"Der Wohlfahrtsstaat steht europaweit auf dem Prüfstand. Er muß die richtigen Anreize setzen, damit Beschäftigung entsteht und Zeiten von Arbeitslosigkeit verkürzt und zugleich für sinnvolle Qualifikation genutzt werden. Nicht der Kahlschlag, sondern ein Bündel positiver Anreize muß das Ziel wohlfahrtsstaatlicher Politik sein" so Dennnis J. Snower zu den Zielsetzungen des von ihm geleiteten IZA-Forschungsbereichs.



+++ Neue Mitarbeiter des IZA +++

Seit Juli 1999 verstärkt Jörgen Hansen das IZA-Team als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Er erhielt 1997 seinen Doktortitel in Ökonomie an der Universität Göteborg, Schweden. Einen Teil seiner Ausbildung im Rahmen des Doktorandenprogramms absolvierte er an der Stanford University und an der University of Michigan in Ann Arbor. Bevor Jörgen Hansen zum IZA kam, verbrachte er zwei Jahre als Gastwissenschaftler in Montreal (an der University). Einige seiner Forschungsschwerpunkte sind Bildungserträge, Arbeitsangebot, Diskriminierung sowie Abhängigkeit von Sozialleistungen.



Ebenfalls im Juli konnte das IZA Magnus Lofstrom als neuen wissenschaftlichen Mitarbeiter begrüßen. Mit seiner Dissertation "Three Essays on the Role of Skills and Education in Immigration and Self-Employment" promovierte er im Juni 1999 an der University of California in San Diego. Darüber hinaus war er an diversen Forschungsprojekten beteiligt, wie z. B. Studien zur Rolle von Einwandererarbeit in den Volkswirtschaften der USA und Japans, die Auswirkungen wohlfahrtsstaatlicher Reformen auf die Arbeitslosigkeit sowie die Wirkung von Zuwanderung auf das Schulsystem. Zu seinen Spezialgebieten zählen Migration, Selbständigkeit, Bildung und Einkommensungleichheit.



Simone Fuchs ist seit Juni 1999 Team-Assistentin des IZA. Sie arbeitet für das Journal of Population Economics und übernimmt Aufgaben im Wissenschaftsmanagement, insbesondere bei der Organisation verschiedener Forschungsaktivitäten. Darüber hinaus verstärkt sie das IZA-Sekretariat.



\ IZA

+++ IZA Research Affiliates zu Forschungsaufenthalten im Ausland +++

Im Rahmen des "European Doctoral Program in Quantitative Economics" der Universität Bonn sind mehrere IZA Research Affiliates ab diesem Herbst für zehn Monate Gast an ausländischen Forschungseinrichtungen. René Fahr besucht die London School of Economics, Lieselotte Locher die Universität Tel Aviv, Uwe Sunde die Universität Pompeu Fabra in Barcelona und Wendelin Schnedler das Centre de Recherche en Economie et Statistique (CREST) in Paris. Die Forschungsarbeit von Wendelin Schnedler wird vom IZA innerhalb des TSER-Projekts "Labor Demand, Education and the Dynamics of Social Exclusion" finanziell unterstützt, während der Aufenthalt der anderen IZA Affiliates durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) gefördert wird. In allen Fällen kooperieren Universität Bonn und IZA eng miteinander.

GÄSTEPROGRAMM DES IZA

Zahlreiche renommierte Ökonomen besuchten im Zeitraum Juli – Oktober 1999 das IZA, um Forschungsergebnisse auszutauschen und Probleme der internationalen Arbeitsmarktpolitik zu diskutieren. Zu den Gästen, die das IZA im Rahmen seines Gastwissenschaftler-Programms begrüßen konnte, zählten u.a.:

Christoph M. Schmidt
 Universität Heidelberg
 Josef Zweimüller
 Stephen Nickell

Universität Zürich, Schweiz London School of Economics, England

Wolfgang Schwerdt – Joop Hartog

Universität Paris, Frankreich Universität Amsterdam, Niederlande

Dennis Snower – Lars-Hendrik Röller

Birkbeck College, England Humboldt-Universität Berlin

Regina Riphahn – Nina Smith
Universität München – Aarhus School of Economics, Dänemark

Jan C. van Ours – Giorgio Brunello Universität Tilburg, Niederlande Universität Padua, Italien

Ira N. Gang – Kurt Brannas

Rutgers University, USA Universität Umea, Schweden

Gil Epstein – Harmen Lehment

Bar-Ilan Universität, Israel

Kevin J. Murphy

University of Southern California, USA

University Universität Kiel

Richard Freeman

Harvard University, USA

Guiseppe Bertola – Stefan Bender
European University Institute, Italien – IAB Nürnberg

Arie Kapteyn – John Haisken-DeNew

Universität Tilburg, Niederlande DIW, Berlin

Don J. DeVoretz – Alison Booth

Simon Fraser University, Kanada University of Essex, England

Christiane Werner – John M. Abowd

Simon Fraser University, Kanada Cornell University, Ithaca N. Y., USA

Gerard van den Berg

) IZA

NEUE IZA DISCUSSION PAPERS

49 H. P. Grüner Unemployment and Labor-Market Reform - A Contract Theoretic Approach

50 K. F. Zimmermann Ethnic German Migration After 1989 - Balance and Perspectives

51 A. Barrett
 P. J. O'Connell

 52 J. Mayer
 R. T. Riphahn

 53 A. Barrett
 Does Training Generally Work?
 The Returns to In-Company Training

 54 Fertility Assimilation of Immigrants:
 Evidence from Count Data Models

Freie Universität Amsterdam, Niederlande

53 J. Hartog Inter-industry Wage Dispersion in Portugal:

P. T. Pereira High but falling

J. A. C. Vieira

54 M. Lofstrom Labor Market Assimilation and the Self-Employment Decision of Immigrant Entrepreneurs

55 L. Goerke Value-added Tax versus Social Security Contributions

56 A. Lindbeck Centralized Bargaining and Reorganized Work:

D. J. Snower Are they compatible?

57 I. N. Gang Is Child like Parent?

K. F. Zimmermann Educational Attainment and Ethnic Origin
 T. Bauer Occupational Mobility of Ethnic Migrants

K. F. Zimmermann

59 D. J. DeVoretz Canadian Immigration Experience:

S. A. Laryea Any Lessons for Europe?

60 C. Belzil Subjective Discount Rates, Intergenerational Transfers

J. Hansen and the Return to Schooling

61 R. Winkelmann Immigration: The New Zealand Experience

MEINUNG

Niedriglohnsektor: einen Versuch wert!



Im Zuge der globalen Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Arbeit und der Intensivierung von Kommunikation, Information, Handel und Kapitalverkehr hat sich die Position der Geringqualifizierten weltweit dramatisch verschlechtert und vor allem in Europa ihre Arbeitslosigkeit in brisante Dimensionen getrieben.

- Es wäre allerdings verfehlt, Produktivitätsfortschritt durch Ausbremsen des technischen Fortschritts aufhalten zu wollen. Vielmehr ist darauf zu vertrauen, daß eine Politik der beschleunigten Akzeptanz der Informationstechnologie rasch neue Märkte schafft. Unternehmen und Staat sind aufgefordert, ihre Modernisierungsstrategien auch dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie neue Betätigungsfelder für Geringqualifizierte erschließen.
- Eine Qualifikationsoffensive von Staat und Unternehmen könnte Produktivitätsdefizite der Geringqualifizierten abbauen - soweit sie qualifizierbar sind. Aber dies schafft erst mittelfristig Luft. Es ist auch fraglich, ob der Markt für Fortbildung derzeit schon so flexibel ist, daß er die Herausforderungen meistern kann. Entscheidend für die Bekämpfung der

Arbeitslosigkeit ist auch nicht die High-Tech-Fortbildung, sondern eine elementare Qualifizierungsstrategie für einfache Tätigkeiten.

- Eine stärkere Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, die von Geringqualifizierten produziert werden, könnte die Produktpreise (relativ zu denen anderer Güter und Dienstleistungen) steigen lassen, und somit zu höherer Arbeitsnachfrage führen. Dazu müßte allerdings der Staat das seine dazutun, vor allem durch eine systematische Beseitigung regulierender Vorschriften im Dienstleistungsbereich.
- Der vom Unternehmen zu tragende Bruttolohn könnte durch ein Absenken der direkten oder der indirekten Lohnkosten sinken. Dies erforderte eine Bereitschaft zur Senkung der Tariflöhne im Niedriglohnbereich, aber auch des Staates zu harten Schnitten etwa bei der Rentenversicherung. Es ist nicht das allgemein hohe Lohnniveau, das Probleme schafft. Das in Deutschland eingesetzte Humankapital ist im internationalen Vergleich sogar eher zu gering honoriert. Aber auch in Deutschland muß einfache Arbeit billiger werden können, und die Lohnspanne zwischen niedrigen und höheren Einkommen muß sich zumindest für längere Zeit erweitern.

Ist also die im deutschen "Bündnis für Arbeit" diskutierte Schaffung eines Niedriglohnsektors das richtige Konzept? Viele der gehandelten Modelle sehen eine volle oder teilweise Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge im Niedriglohnbereich vor. Damit könnte gleichzeitig an zwei Seiten des Arbeitsmarktes eingegriffen werden: Die Unternehmen profitieren von sinkenden Lohnnebenkosten, sie fragen mehr Beschäftigung nach. Die Arbeitnehmer erhalten ein höheres Einkommen, das alternative Transferzahlungen weniger attraktiv macht, und die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme steigt.

So verlockend dies auch klingen mag: Es wäre falsch darauf zu vertrauen, daß Sub-

ventionen im Niedriglohnbereich zu einem wesentlich höheren Arbeitsangebot führen würden. Ein gestiegenes Arbeitsangebot würde nur dann mehr Beschäftigung generieren, wenn durch den Wettbewerbsdruck die Löhne sinken könnten. Das ist angesichts der Realitäten in Deutschland kaum vorstellbar. Entscheidend ist deshalb eine Konzentration auf die Nachfrageseite.

Das IZA hat in einem aktuellen Gutachten das im deutschen "Bündnis für Arbeit" diskutierte Modell einer Subventionierung von Arbeitgeber-Sozialbeiträgen bewertet. Danach summiert sich die Nettobelastung der staatlichen Stellen auf 14,2 Milliarden DM, die Nettoentlastungen der Sozialversicherungsträger belaufen sich auf 12,6 Milliarden DM. Bis zu 400.000 neue Vollzeit-Arbeitsplätze könnten im Rahmen dessen geschaffen werden. Pro Arbeitsplatz und Jahr entstünden dabei im gesamten öffentlichen Bereich Kosten von netto knapp 4.000 DM. Diese Rechnung läßt sich durchaus sehen! Ein Modellversuch könnte klarmachen, ob dadurch zumindest eine Initialzündung für den Arbeitsmarkt entsteht.

Inwieweit teure Dauersubventionen oder ein sich stabilisierender Niedriglohnsektor dauerhaft kluge Politikoptionen sein können, ist freilich zu bezweifeln. Letztlich ist es der Markt, der Bedarfe äußert und Qualifikationen bewertet. Entstünde mehr Nachfrage nach Produkten, die die heute als geringqualifiziert Angesehenen herstellen, dann könnte auch deren Entlohnung steigen. Hier liegt der Königsweg zu mehr Beschäftigung. Dazu benötigen wir den aktivierenden Staat, sei es durch Existenzgründerdarlehen gezielte Geringqualifizierte, bei der Deregulierung des Dienstleistungssektors, durch günstigere Verbrauchssteuern für Produkte aus dem Niedriglohnbereich oder durch staatliche Nachfrage in diesem Sektor.

K.F. Juneman



Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

IMPRESSUM:

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann Redaktion: Holger Hinte IZA, Postfach 7240, D-53072 Bonn Tel. (02 28) 38 94 222, Fax (02 28) 38 94 210 e-mail: compact@iza.org

Grafiken/Fotos: IZA

Layout/Druck: Verlag Erik Dynowski, Köln